



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

DIE POLNISCHE PARTEIENLANDSCHAFT

■ ANALYSE	
Das polnische Parteiensystem nach den Regional- und Kommunalwahlen im November 2006	2
Tadeusz Szawiel, Warschau	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN	
Ergebnisse der Sejmwahlen 2005 und der Wahlen zu den Regionalparlamenten 2006	7
Stimmenverteilung bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten 2006	8
Verteilung der Mandate in den Regionalparlamenten (Sejmiki/Landtage)	9
■ UMFRAGE	
Politikerranking	10
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 19. Dezember 2006 bis zum 7. Januar 2007	12

Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Das polnische Parteiensystem nach den Regional- und Kommunalwahlen im November 2006

Tadeusz Szawiel, Warschau

Zusammenfassung

Nach den Sejmwahlen im September 2005 kam es nicht zu der erwarteten Koalition der beiden Mitte-Rechts-Parteien *Bürgerplattform (PO)* und *Recht und Gerechtigkeit (PiS)*, sondern zu einer Regierung von *PiS* mit der nationalistischen *Liga polnischer Familien (LPR)* und der populistischen Bauernpartei *Selbstverteidigung (Samoobrona)*. Die Regional- und Kommunalwahlen im November 2006 brachten keine wesentlichen Verschiebungen zwischen *PO* und *PiS*, der es gelang, die *LPR* zu marginalisieren. Die skandalgeplagte *Selbstverteidigung* verlor wieder einen Teil der ehemaligen Wählerschaft an die traditionelle Bauernpartei *PSL*, die aus den Novemberwahlen als der eigentliche Sieger hervorging. Die zweite Gruppierung, die wieder erstarkte, sind die in einem Wahlbündnis vereinigten Linksparteien. *PiS* strebt danach, mangels anderer Koalitionsoptionen die gegenwärtige Regierungskoalition aufrechtzuerhalten, während *PO* auf Neuwahlen hinwirkt, was zu einer Eskalation des Konflikts zwischen *PO* und *PiS* führen wird. Aus der Perspektive des Parteiensystems ist die Frage nach den Chancen und dem Tempo des Wiederaufstiegs der Linken wichtig. Zwei Phänomene werden die politische Bühne in Polen im Jahr 2007 bestimmen: das Andauern des für beide beteiligten Seiten zerstörerischen Konfliktes zwischen *PO* und *PiS* und die ständig aktuelle Perspektive vorgezogener Wahlen, falls – aus welchen Gründen auch immer – die Koalition von *PiS* mit *Selbstverteidigung* und *LPR* auseinander brechen sollte.

Postkommunisten gegen Post-Solidarność

Das polnische Parteiensystem hat sich relativ spät herausgebildet. In den Wahlen am 4. Juni 1989, die für das freie und demokratische Polen bahnbrechend waren, traten in dem eng begrenzten Rahmen, der von den Verhandlungen am Runden Tisch im Frühjahr 1989 vorgegeben worden war, nicht Parteien gegeneinander an, sondern auf der einen Seite die Kommunisten (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza* – *PZPR* / *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei* und die von ihr abhängigen Parteien *Zjednoczone Stronnictwo Ludowe* – *ZSL* / *Vereinigte Bauernpartei* und *Stronnictwo Demokratyczne* – *SD* / *Demokratische Partei*) und auf der anderen Seite die *Solidarność* (*Komitet Obywatelski Solidarność* / *Bürgerkomitee Solidarność* / *Solidarität*). Die ersten Wahlen, die wirklich frei und demokratisch waren, fanden erst im Oktober 1991 statt. Dieses Mal konkurrierten politische Parteien miteinander, die nach 1989 entstanden sind.

Anfang 1991 waren die damals bestehenden Parteien lediglich einigen Prozent der erwachsenen Polen bekannt. Das Parteiensystem begann sich also erst im Laufe der zehn Monate bis zu den Wahlen im Oktober auszubilden. In den 1990er Jahren wurde die Logik des Parteiensystems durch die Einteilung in „postkommunistisch“ bzw. „Post-Solidarność“ bestimmt. Weder die Parteien der einen noch die der anderen Seite gingen miteinander Koalitionen ein.

Der Zusammenbruch der postkommunistischen SLD

Der gegenwärtige Zustand des Parteiensystems und der Konkurrenz zwischen den Parteien lässt sich nicht ohne Rückblende in den Januar 2003 verstehen. Damals kam die sog. „Rywin-Affäre“ ans Licht: Der unabhängige Filmproduzent Lech Rywin bot dem Konzern Agora (Herausgeber der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“) im Namen einer Gruppe, die Regierungspositionen innehatte, profitable Lösungen bei Gesetzesvorhaben als Gegenleistung für Schmiergelder an. Die Veröffentlichung des Gesprächs mit Rywin, in dessen Verlauf der Korruptionsvorschlag gemacht worden war und das der Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza*, Adam Michnik, aufgezeichnet hatte, rief einen Skandal hervor und als Folge die Berufung eines Untersuchungsausschusses des Sejm und zeitaufwändige Vernehmungen führender Politiker und Angehöriger der damaligen *SLD*-Regierung (*Sojusz Lewicy Demokratycznej* – *Demokratische Linksalianz*), an deren Spitze der Ministerpräsident Leszek Miller stand. Die Ergebnisse der „Rywin-Kommission“ und weiterer Untersuchungsausschüsse des Sejm der IV. Kadenz, die sich mit Orlen (Anm. d. Red.: die Kommission befasste sich mit dem Vorwurf des Regelverstößes in der Aufsicht des Schatzministeriums über den staatseigenen Mineralölkonzern PKN Orlen S.A., verbunden mit dem Vorwurf, dabei den Geheimdienst

illegal eingesetzt zu haben) und PZU (Anm. d. Red.: die Kommission behandelte Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Privatisierung der staatseigenen Versicherungsgesellschaft PZU S.A.) befassten, erwiesen sich für die regierenden Postkommunisten als katastrophal. Nach und nach traten weitere Affären zutage, an denen wichtige *SLD*-Politiker beteiligt waren; sie mündeten in Untersuchungen durch die Staatsanwaltschaft und Verurteilungen. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse und der Staatsanwaltschaft wurden von den Medien und der öffentlichen Meinung aufmerksam verfolgt. Die Konsequenz war die nach 1989 beispiellose Kompromittierung der Regierungspartei *SLD* in den Augen der Öffentlichkeit, was für sie den Verlust der politischen Unterstützung bedeutete. Während im Januar 2003 30 % der potentiellen Wähler *SLD* unterstützt hatten, waren es im Mai 2003 21 %, im Mai 2004 nur noch 5 % und vier Monate vor den Wahlen im September 2005 7 %. Wenn man sich vor Augen führt, dass im September 2001 bei den Wahlen zum Sejm 41 % der Wähler für die Koalition von *SLD* und *UP* (*Unia Pracy – Arbeitsunion*) gestimmt hatten (12, 7 % für *Platforma Obywatelska – PO / Bürgerplattform*, für *Samoobrona / Selbstverteidigung* 10, 2 % und für *Prawo i Sprawiedliwość – PiS / Recht und Gerechtigkeit* 9, 5 %), versteht man, dass dieses Ereignis und seine Folgen beispiellos waren. In keinem demokratischen Land konnte man bisher beobachten, dass die Partei, die bei Wahlen 41 % der Stimmen erhalten hatte, nach nicht ganz drei Jahren praktisch jegliche Unterstützung verloren hat.

Der Zusammenbruch der *SLD*, der bedeutendsten postkommunistischen Partei, verursachte einen Riss im polnischen Parteiensystem. Ab Ende 2003 war der politische Nutznießer dieses Zusammenbruchs vor allem die *PO*, die zum ersten Mal mehr als 20 % Wählerunterstützung notieren konnte, sowie die Bauernpartei *Selbstverteidigung*, die sich Anfang 2004 auf fast 30 % der Wähler stützen konnte. *PiS* war dagegen lange Zeit nicht in der Lage, den Zusammenbruch der *SLD* zur Stärkung der eigenen Position zu nutzen. Erst im Mai 2005 überschritt die Unterstützung für *PiS* 20 %.

Diese Dynamik in der Veränderung der Wählergunst verursachte, dass zum einen allgemein der Sieg der *PO* erwartet wurde. Zum anderen zeigt die relativ große Unentschlossenheit, diejenigen Parteien zu unterstützen, die von Herbst 2003 bis Herbst 2005 die Opposition zur *SLD-UP*-Regierung gebildet hatten, dass es den Wählern vom Herbst 2001, die damals für die Koalition aus *SLD* und *UP* gestimmt hatten, schwer fiel, politische Subjekte zu finden, in die sie dau-

erhaft ihre politischen Hoffnungen setzen zu können glaubten. Die Dynamik der Präsidentschaftswahlen 2005 zeigte ein ähnliches Phänomen. Die große Unterstützung für die Kandidaten (Zbigniew Religa, Włodzimierz Cimoszewicz, Donald Tusk), die für jeweils kurze Zeit eine Favoritenrolle einnahmen, wurde schnell schwächer oder brach vollständig ein. Die Wählerschaft war nicht sicher, welchem Kandidaten sie tatsächlich ihr Vertrauen schenken sollte.

PiS und PO: von Kooperation zu Konflikt

Die Wahlen zum Sejm im September 2005 gewannen beide Mitte-Rechts-Parteien, *PiS* und *PO*. Während der mehrmonatigen Wahlkampagne hatten beide versprochen, miteinander eine Regierungskoalition einzugehen. Die Polen waren überzeugt, dass ab Herbst *PO* und *PiS* die Führung übernehmen würden und nach den Wahlen im September fanden es über zwei Drittel wünschenswert, dass *PO* und *PiS* eine Koalition bildeten. Dazu kam es jedoch nicht, wofür sich wiederum beide Parteien seit Herbst 2005 mit wachsender Schärfe die Schuld geben. *PiS* bemühte sich schon sehr bald um die Unterstützung ihrer Minderheitsregierung durch die *Selbstverteidigung* und die *Liga Polskich Rodzin – LPR / Liga der Polnischen Familien*, nachdem zuvor allerdings eine solche Regierungskoalition von *PiS* selbst ausgeschlossen worden war. Als sich jedoch einige Male abzeichnete, dass die Umsetzung der Formulierung „Unterstützung (durch *Selbstverteidigung* und *LPR*, Anm. d. Red.), aber ohne Regierungsbeteiligung“ zum Scheitern verurteilt war, wurde im Mai 2006 die Regierungskoalition zwischen diesen drei Parteien geschlossen. Vertreter beider Koalitionspartner traten der Regierung als Vizeministerpräsidenten und Minister bei. Es entstand so eine konservativ-national-populistische Koalition. Gleichzeitig dauert seit Herbst 2005 der zerstörerische Kampf zwischen den beiden größten rechten Gruppierungen, *PiS* und *PO*, an. Dieser Kampf hob nicht nur einen tiefen Graben zwischen den beiden Parteien aus, die von 2003 bis 2005 so eng miteinander in der Opposition zusammengearbeitet und gemeinsame politische Pläne entworfen hatten, sondern verursachte auch eine tiefe Spaltung im rechts-konservativen Milieu sowie in den Medien. Nach über einem Jahr desaströser Konfrontation hat allerdings noch immer keine der beiden Seiten eine deutliche Spitzenstellung gewonnen. Die Unterstützung der Wählerschaft für *PiS* wurde durch die Koalition mit der *Selbstverteidigung* und der *LPR* nicht wesentlich geschwächt, obgleich diese politisch kostspielig ist. Die *PO* wiederum war nicht imstande, die Schwäche der Regierungskoalition auszunutzen, ihre Fehler, ihr Straucheln, ihre Skandale, in die Poli-

tiker von *Selbstverteidigung* und *LPR* verwickelt sind.

Die Wahlen zu den regionalen und lokalen Selbstverwaltungsorganen in den Woiwodschaften, Kreisen und Gemeinden sowie der Bürgermeister und Stadtpräsidenten, die im November 2006 stattfanden, wurden von allen Parteien als erster Test nach den Wahlen zum Sejm behandelt, umso mehr als diese schon seit einigen Wahlperioden in das Jahr nach den Sejmwahlen fallen. Sie brachten keine wesentlichen Veränderungen in der Parteienlandschaft. Zwar gewann *PO* mit 27,2 % der Stimmen die Wahlen zu den 16 Landtagen der Woiwodschaften, aber *PiS* erhielt mit 25,1 % fast ebensoviel Unterstützung.

Allein die Wahlen zu den Landtagen der Woiwodschaften lassen sich mit den Parlamentswahlen vergleichen, denn bei den Kreis- und Gemeindewahlen starten viele lokale Wahlbündnisse. Im September 2005 hatten 27 % der Wähler für *PiS* und 24,1 % für *PO* gestimmt. Zwar hat sich nun die Rangfolge geändert, aber das grundsätzliche Kräfteverhältnis zwischen *PO* und *PiS* blieb unangetastet. Die Wahlen im November 2006 bestätigten auch Tendenzen, die bereits vorher zu beobachten waren: *PO* erhielt in den großen Städten, unter den besser Ausgebildeten und Jüngeren stärkeren Zuspruch, *PiS* in der Provinz sowie unter Älteren und schlechter ausgebildeten Menschen.

Veränderungen außerhalb des Mitte-Rechts-Spektrums

Allenfalls wurden in den Selbstverwaltungswahlen im November 2006 im Vergleich zu den vorangegangenen Parlamentswahlen auch bestimmte neue Phänomene in der polnischen Parteienlandschaft deutlich. Im Verlauf des einen Jahres wurden beide Koalitionspartner von *PiS* deutlich geschwächt. Die *Selbstverteidigung* erhielt in den Wahlen zu den Landtagen der Woiwodschaften 5,6 % und *LPR* 4,7 %, was bedeutete, dass sich beide Parteien um die 5 %-Hürde gruppierten und ihr Einzug in den Sejm bei eventuellen Neuwahlen problematisch wäre. *PiS* gelang es, einen bedeutenden Teil der *LPR*-Wähler anzuziehen, was übrigens ein offen verfolgtes Ziel von *PiS* war. Im Fall der *Selbstverteidigung* ist die Situation komplizierter. Diese Partei, die das politische Establishment und wichtige politische Institutionen radikal bekämpft, enttäuschte mit ihrem Einzug in die Regierung einen Teil ihrer Kernwählerschaft. Außerdem verlor sie einen Teil ihrer Wähler auf dem Land, deren Situation sich nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union verbessert hatte. Die Landwirte in Polen sind die erste große Gruppe in der Gesellschaft, die infolge der Direktzahlungen die Vorzüge der pol-

nischen EU-Mitgliedschaft erfahren hat. Darüber hinaus verlor die *Selbstverteidigung* auch wieder einen Teil der ehemaligen Wählerschaft der traditionellen Bauernpartei *Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL / Polnische Bauernpartei*, die in den Wahlen im November 2006 zu eben dieser Partei zurückkehrten. Die *PSL* übrigens erwies sich als die Partei, die in den Selbstverwaltungswahlen am stärksten profitierte. In den Wahlen zu den Landtagen der Woiwodschaften erhielt sie 13,2 % der Stimmen im Vergleich zu den 7 %, die ihr ein Jahr früher bei den Parlamentswahlen gegeben worden waren. Die zweite Gruppierung, die ein besseres Ergebnis erzielte, sind die Linksparteien, die ein gemeinsames Wahlbündnis *Lewica i Demokraci – LiD / Linke und Demokraten* gebildet hatten, bestehend aus *SLD, UP, Socjaldemokracja Polski – SdPi / Polnische Sozialdemokratie*, und *Partia Demokratyczna – PD / Demokratische Partei*, und 14,3 % der Wählerunterstützung erhielten (ein Jahr zuvor hatte die *SLD* 11,3 % der Stimmen erhalten).

Worin besteht die gesellschaftliche Bedeutung der Veränderungen, die im Laufe des Jahres nach den Parlamentswahlen im Herbst 2005 eintraten? Sowohl *PO* als auch *PiS*, die in den Parlamentswahlen 2005 und den Selbstverwaltungswahlen 2006 den Wahlsieg davongetragen haben, wurden von der rechten und Mitte-Rechts-Wählerschaft unterstützt. *PiS* rückte wahrscheinlich etwas weiter nach rechts und absorbierte so einen Teil der Wählerschaft der *LPR*, verlor aber gleichzeitig möglicherweise einen Teil der in der politischen Mitte angesiedelten Wähler. Während *PiS* das Bild der konservativen Volkspartei stärker ausprägte, strich *PO* sein Mitte-Rechts-Image deutlicher heraus. Seit 1989 gibt es in Polen eine ausgeprägte rechte Wählerschaft; das Problem besteht aber darin, dass es der Rechten bisher nicht gelang, die potentielle Unterstützung effektiv zu institutionalisieren. Die rechten Parteien waren vielmehr schwach und zerstritten. Der große Sieg der Post-Solidarność-Rechten (*Akcja Wyborcza Solidarność / Wahlaktion Solidarność*) im Jahre 1997, der möglich war, weil vor der Wahl bereits ein Bündnis eingegangen worden war, ist nicht dazu genutzt worden, eine starke politische Partei aufzubauen. Es sieht nun so aus, als hätten *PO* und *PiS* nach den Wahlen 2005 die Chance bekommen, die Rechte institutionell zu konsolidieren. Die postkommunistische Linke wiederum, die in den 1990er Jahren die Unterstützung für sich in Form der Parteien *SdRP (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polski / Sozialdemokratie der Republik Polen)* und später *SLD* wirksam institutionalisiert hatte, war nach den Skandalen in den Jahren 2003 – 2005 nicht in der Lage, die Unterstützung der enttäuschten Wähler wie-

der aufzubauen. Dennoch half die linke Wählerschaft den Linksparteien, wieder politische Bedeutung zu erlangen. Aufgrund ihrer Stimmen gelang es z.B. der *PO*-Kandidatin für das Amt des Stadtpräsidenten von Warschau, der ehemaligen Nationalbankpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Waltz, den Kandidaten der *PiS*, den ehemaligen Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz, zu schlagen.

Konflikt- und Koalitionsszenarien

Was die Konkurrenz zwischen den Parteien betrifft, so hat in Polen die Einteilung in links und rechts vor allem im Bereich des Ideellen und der Werte Bedeutung. Die Linke und die Rechte trennt die Beziehung zu Religion und Kirche, zum Konservatismus in kulturellen Fragen und denen des Lebensstils, zur Ära der Volksrepublik Polen und zur Lustration. Der wirtschaftliche Bereich hat praktisch keine Auswirkungen auf die Wahlentscheidungen – trotz der Bedeutung, die ihm in den Parteiprogrammen und Wahlkampagnen zugesprochen wird.

Wie könnten nun die politischen Konsequenzen der Wahlen für die Parteien und die Regierungskoalition aussehen? Die Wahlen zu den regionalen und kommunalen Vertretungen haben die Situation der beiden stärksten Parteien nicht wesentlich verändert, folglich besteht auch weiterhin der zerstörerische Konflikt zwischen diesen Parteien, die beide auf der rechten Seite der politischen Bühne angesiedelt sind und normalerweise zusammenarbeiten. Es zeigen sich sogar Faktoren, die auf eine Intensivierung dieses Konflikts hinweisen könnten. Vorgezogene Sejmwahlen liegen nicht im Interesse der *PiS*, die wahrscheinlich zwar nicht mit einem schlechteren Ergebnis als 2005 rechnen müsste, die aber womöglich nicht in der Lage wäre, die derzeitige Koalition fortzuführen, wenn *Selbstverteidigung* und *LPR* erheblich schlechtere Ergebnisse erzielen – was nicht ausgeschlossen ist –, oder gar die 5 %-Hürde nicht übersteigen und somit nicht in den Sejm einziehen würden. Außerdem verlor *PiS* im Laufe des letzten Jahres einen Teil der Koalitionsfähigkeit. Eine Koalition mit der *PO* scheint für die absehbare Zukunft unrealistisch. Eine mögliche Koalition mit der *PSL* hätte bei der derzeitigen Sitzverteilung im Sejm nicht die notwendige Regierungsmehrheit. Die *PO* dagegen entwickelte im letzten Jahr neue Koalitionsoptionen. War die *PO* im September 2005 noch zu einer Koalition mit *PiS* „verurteilt“, weil es keine Alternative gab, so könnte die Partei heute sowohl mit der *PSL* koalieren (diese Möglichkeit wird offen in der *PO* erwogen) als auch mit *LiD*, dem Zusammenschluss linker Gruppierungen. Letzteres streiten zwar die führenden Köpfe der *PO* ab, aber von

einer bedeutenden Gruppe innerhalb der Partei wird dies als reale Option angesehen – insbesondere wenn *PO* und *LiD* bei vorgezogenen Wahlen die Mehrheit im Sejm erhalten würden, was aus der heutigen Sicht durchaus wahrscheinlich scheint. Deshalb erweist sich als optimale Strategie für *PiS*, um jeden Preis die gegenwärtige Koalition aufrechtzuerhalten und vorgezogenen Wahlen zu vermeiden, wenn es nur eben geht. Die günstigste Strategie für *PO* wiederum ist, um jeden Preis auf Neuwahlen hinzuwirken. Beide Strategien zusammen werden wohl zur Eskalation des Konflikts und zu einem zerstörerischen politischen Kampf zwischen den Gegnern führen.

Die Regional- und Kommunalwahlen von November 2006, die die Schwäche von *Selbstverteidigung* und *LPR* zeigten, und das realistische Szenario, dass diese beiden Parteien als tragende politische Subjekte ausscheiden könnten, bedeuten so gesehen ebenfalls Konfliktstoff für *PiS* und die Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński. Die verbreitete Interpretation, dass die Schwächung beider Koalitionspartner deren Führungspersonen zu effektiver Zusammenarbeit mit *PiS* zwingt, so dass es Jarosław Kaczyński leichter fallen wird, sich die beiden geschwächten Partner unterzuordnen, scheint nicht überzeugend. Wahrscheinlicher ist meiner Meinung nach, dass beide Parteien zum Gegenangriff übergehen, um die verlorene Wählergunst wiederzuerlangen. Dies können sie nur auf Kosten von *PiS* erreichen, so dass das Resultat ständige Auseinandersetzungen in der Koalition sein werden sowie politische Initiativen, die der Regierung Kaczyński und *PiS* schaden (z.B. die Forderung der *LPR*, ein Referendum über die Anwesenheit der polnischen Armee im Irak und in Afghanistan durchzuführen). Was darüber hinaus die Situation erschwert, sind die z.Zt. stattfindenden Untersuchungen der Staatsanwaltschaft in der sog. „Sex-Affäre“: Frauen soll Arbeit in den Büros führender Politiker der *Selbstverteidigung* gegen Sex angeboten worden sein. Es lässt sich nicht ausschließen, dass in diesem Zusammenhang gegen Andrzej Lepper, den Vorsitzenden der *Selbstverteidigung*, Anklage erhoben wird. Wenn es dazu kommt, wird ihm Ministerpräsident Jarosław Kaczyński öffentlichen Ankündigungen zufolge die Regierungsämter entziehen. Sollte dies aber eintreten, würden Lepper und die *Selbstverteidigung* womöglich die Koalition verlassen und dadurch eine Regierungskrise verursachen. So oder so – die Regierung von Jarosław Kaczyński ist zu Konflikten verurteilt. Zugleich muss daran erinnert werden, dass es in der *PiS* einflussreiche Politiker gibt, die nie Anhänger der von Jarosław Kaczyński forcieren Koalition waren.

Aber auch die *PO* und ihr Vorsitzender Donald Tusk befinden sich in keiner angenehmen Lage. Über ein Jahr nach den Parlamentswahlen ist es der *PO* noch immer nicht gelungen, ein wirksames Oppositionsmodell gegenüber der *PiS* auszuarbeiten. Dagegen werden in der Partei Spannungen zwischen den Politikern, die die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der vereinigten Linken *LiD* ausschließen, und denjenigen, die gerade in einer solchen Kooperation die einzig wirksame politische Strategie erkennen, sichtbar. Trotz des relativen Erfolgs in den Regional- und Kommunalwahlen (Wahlsiege in den Regionalparlamenten der Woiwodschaften und in Warschau) hat die *PO* keine klare politische Vorgehensweise. Donald Tusk scheint sich eher zu bemühen, eindeutige Deklarationen zu vermeiden; gleichzeitig ist er bestrebt, seine Position und seinen Einfluss in der Partei zu stärken. Dies führte einerseits zur Marginalisierung von Jan Rokita, des neben Tusk führenden *PO*-Politikers, und andererseits rief es Widerstand in der Partei hervor, was z.B. daran ablesbar ist, dass unlängst der von Tusk favorisierte Kandidat für die Position des Fraktionsvorsitzenden im Sejm die Wahl verloren hat.

Perspektiven

Da in beiden Parteien Politiker zu finden sind, die aus verschiedenen Gründen mit den konkreten Optionen und Strategien der Parteiführer und der sie umgebenden Politiker nicht zufrieden sind, könnte unter bestimmten Rahmenbedingungen eine neue, konservativ-liberale Partei entstehen. In dieser könnten sich sowohl *PiS*-Politiker, die die Koalition mit Andrzej Lepper (*Selbstverteidigung*) und Roman Giertych (*LPR*) nicht akzeptieren, wiederfinden als auch solche, die von der Führungsgruppe um Jarosław Kaczyński marginalisiert wurden – wie Kazimierz

Marcinkiewicz (Ministerpräsident von Oktober 2005 bis Juli 2006, kommissarischer Stadtpräsident von Warschau von Juli bis Dezember 2006, nach verllorener Wahl zum Stadtpräsidenten ohne politisches Amt; Anm. d. Red.) – sowie auch *PO*-Politiker, die einer Annäherung an die Linke ablehnend gegenüber stehen und von Donald Tusks Führungsstil und Handlungsstrategien enttäuscht sind. Derzeit ist dies die einzige sich abzeichnende Möglichkeit einer Veränderung in der polnischen Parteienlandschaft.

Allerdings ist aus der Perspektive des Parteiensystems die Frage nach den Chancen und dem Tempo des Wiederaufbaus der Linken wichtiger. Der Erfolg der *LiD* in den Regional- und Kommunalwahlen kann nicht über die Schwächen der Linken hinwegtäuschen, über die organisatorische Verzettlung, das fehlende Programm (das – wäre es vorhanden – erlauben würde, ernsthaft über eine Rückkehr in die Regierung nachzudenken), die Schwäche der Führungskräfte. Weder dem Führer der *SLD*, Wojciech Olejniczak, noch dem *SdPL*-Vorsitzenden Marek Borowski ist es gelungen, ihrer Partei nach den Wahlen im September 2005 neue Energie einzuflößen. Unbekannt ist derzeit noch, ob und eventuell welche Rolle der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski für die Linke spielen wird, da er bisher zu diesem Thema geschwiegen und sich politisch zurückgehalten hat.

Allerdings lässt sich bereits sagen, welche beiden Phänomene die politische Bühne in Polen im Jahr 2007 bestimmen werden: das Andauern des selbstzerstörerischen Konflikts zwischen *PO* und *PiS* und die ständig aktuelle Perspektive vorgezogener Wahlen, falls – aus welchen Gründen auch immer – die Koalition von *PiS* mit der *Selbstverteidigung* und der *LPR* auseinander brechen sollte.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor:

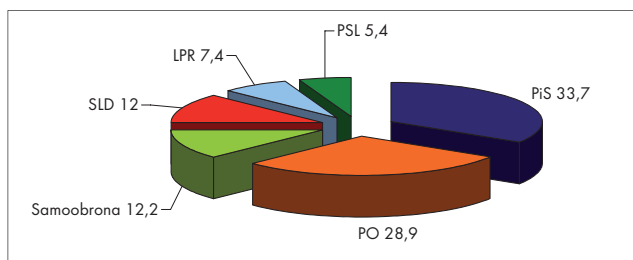
Der Soziologe Dr. Tadeusz Szawiel arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Warschau. Er ist Vorsitzender des Instytut Badań nad Podstawami Demokracji, Warschau. (Institut zur Erforschung der Grundlagen der Demokratie). Seine Spezialgebiete sind u.a. die Soziologie der Politik, die Konsolidierung der Demokratie und die Zivilgesellschaft.

Tadeusz Szawiel stellte vor kurzem im Deutsch-Polnischen Magazin DIALOG (Nr. 74–75, 2006) gemeinsam mit einem Forschungsteam des Instituts für Soziologie Ergebnisse einer bilateralen Vergleichsstudie über junge Polen und junge Deutsche vor.

Tabellen und Grafiken

Ergebnisse der Sejmwahlen 2005 und der Wahlen zu den Regionalparlamenten 2006

Ergebnisse der Sejmwahlen am 25. September 2005

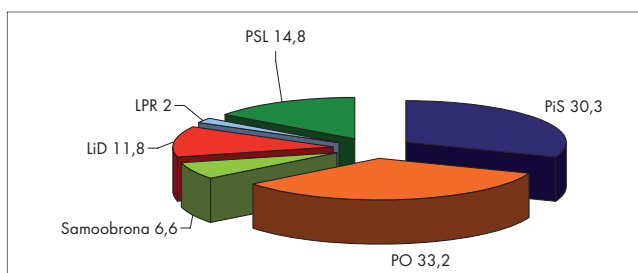


Anzahl der Mandate (%)

Parteiname	Erhaltene Stimmen (%)	Anzahl der Mandate (%)
<i>PiS</i> – Recht und Gerechtigkeit	27,0	33,7
<i>PO</i> – Bürgerplattform	24,1	28,9
<i>Samoobrona</i> – Selbstverteidigung der Republik Polen	11,4	12,2
<i>SLD</i> – Demokratische Linksallianz	11,3	12,0
<i>LPR</i> – Liga der Polnischen Familien	8,0	7,4
<i>PSL</i> – Polnische Bauernpartei	7,0	5,4

Quelle: Tadeusz Szawiel

Ergebnisse der Wahlen zu den Regionalparlamenten am 12. November 2006

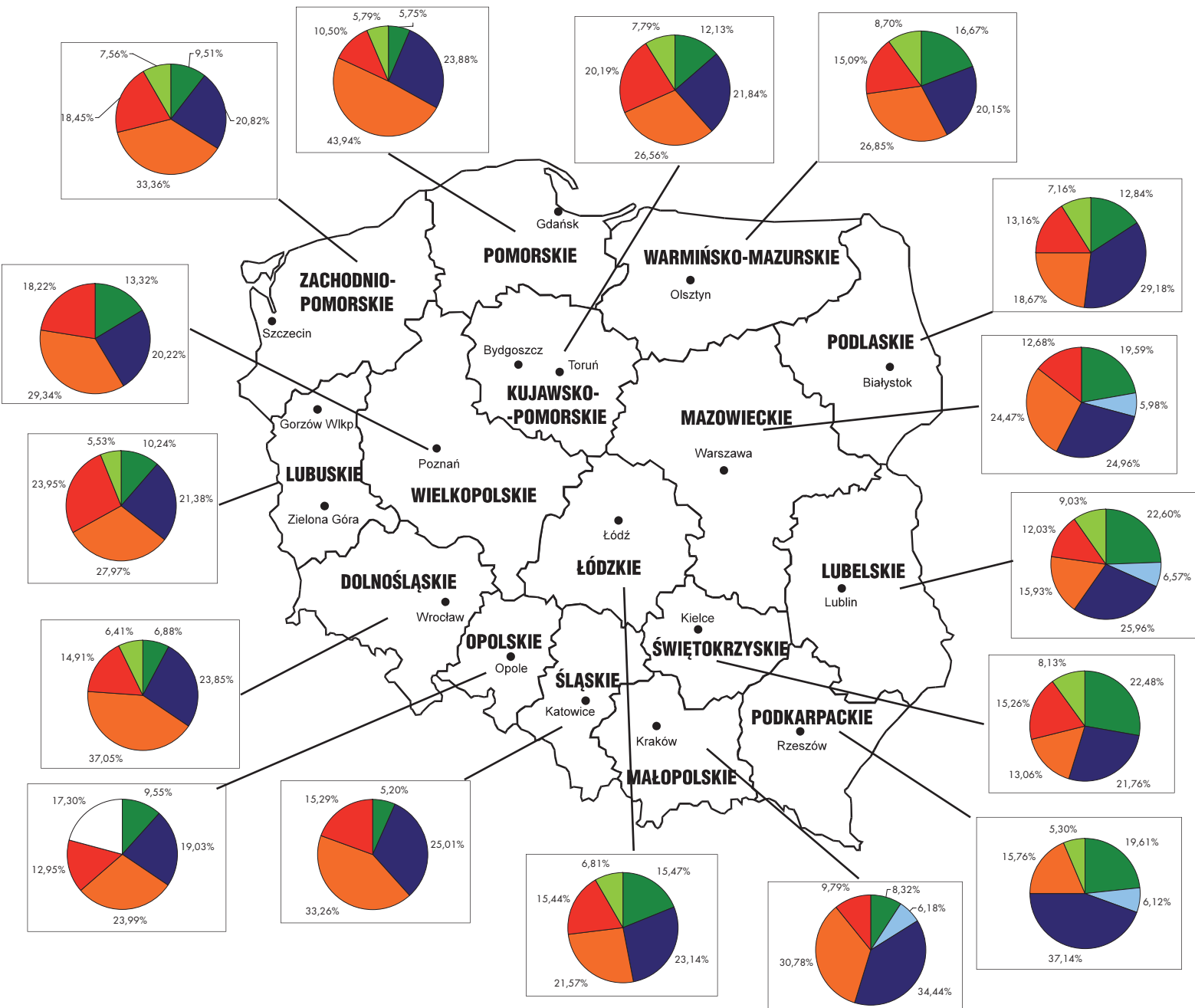


Anzahl der Mandate (%)

Parteiname	Erhaltene Stimmen (%)	Anzahl der Mandate (%)
<i>PO</i> – Bürgerplattform	27,2	33,2
<i>PiS</i> – Recht und Gerechtigkeit	25,1	30,3
<i>LiD</i> (SLD + SdPI + PD + UP) – Linke und Demokraten	14,3	11,8
<i>PSL</i> – Polnische Bauernpartei	13,2	14,8
<i>Samoobrona</i> – Selbstverteidigung der Republik Polen	5,6	6,6
<i>LPR</i> – Liga der Polnischen Familien	4,7	2,0

Quelle: Tadeusz Szawiel

Stimmenverteilung bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten 2006

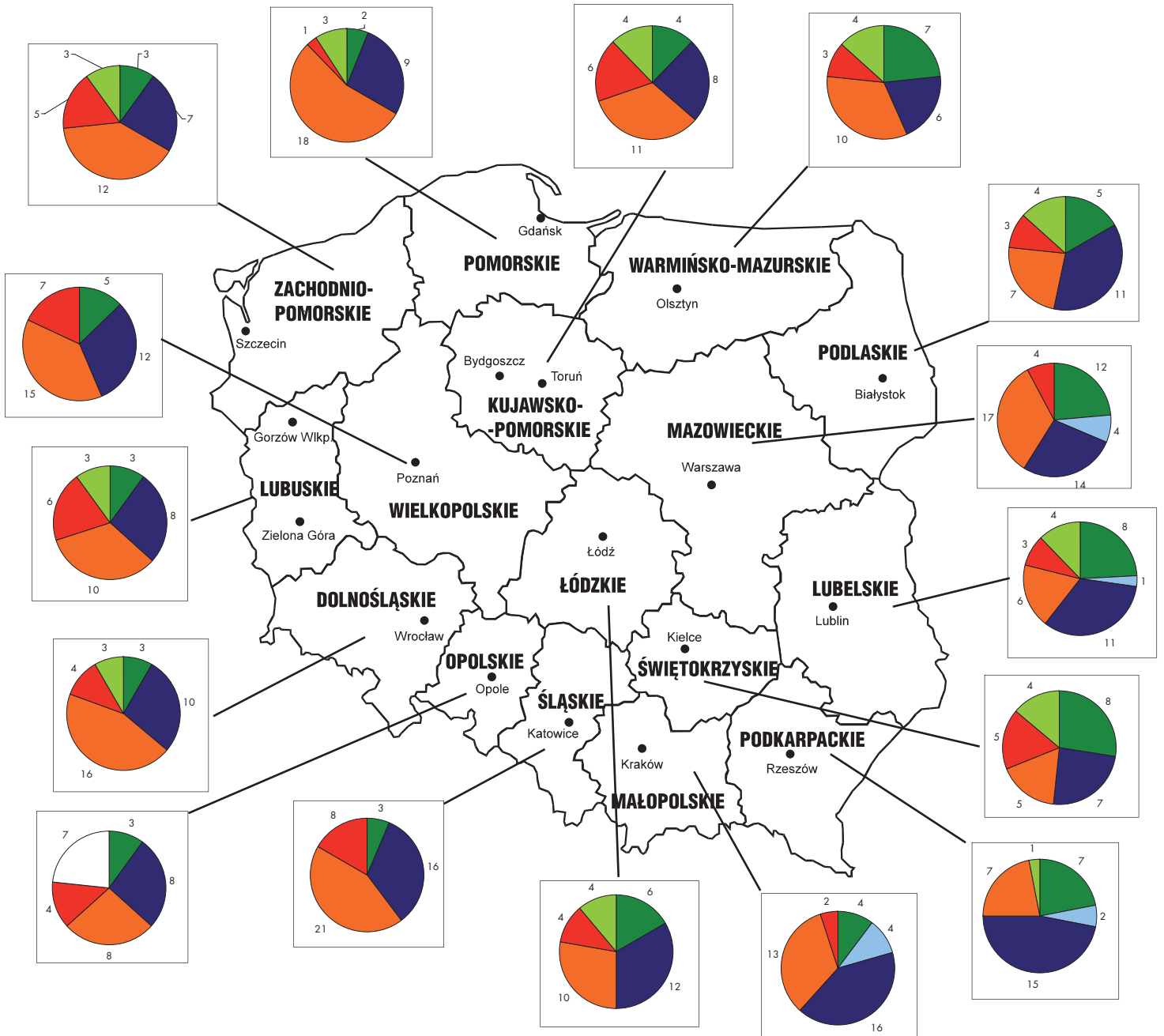


- PSL – Polnische Bauernpartei
- PiS – Recht und Gerechtigkeit
- LiD – Linke und Demokraten
- Samoobrona – Selbstverteidigung
- LPR – Liga der Polnischen Familien
- PO – Bürgerplattform
- Komitet Wyborczy Mniejszość Niemiecka – Wahlkomitee Deutsche Minderheit

Quelle für Daten: Państwowa Komisja Wyborcza / Staatliche Wahlkommission, <http://www.pkw.gov.pl>

Quelle für Karte: CBOS, BS/13/99, Warszawa, styczeń '99, <http://www.cbos.pl>

Verteilung der Mandate in den Regionalparlamenten (Sejmiki/Landtage)



- PSL – Polnische Bauernpartei
- PiS – Recht und Gerechtigkeit
- LiD – Linke und Demokraten
- Samoobrona – Selbstverteidigung
- LPR – Liga der Polnischen Familien
- PO – Bürgerplattform
- Komitet Wyborczy Mniejszość Niemiecka – Wahlkomitee Deutsche Minderheit

Quelle für Daten: Państwowa Komisja Wyborcza / Staatliche Wahlkommission, <http://www.pkw.gov.pl>

Quelle für Karte: CBOS, BS/13/99, Warszawa, styczeń '99, <http://www.cbos.pl>

Umfrage
Politikerranking

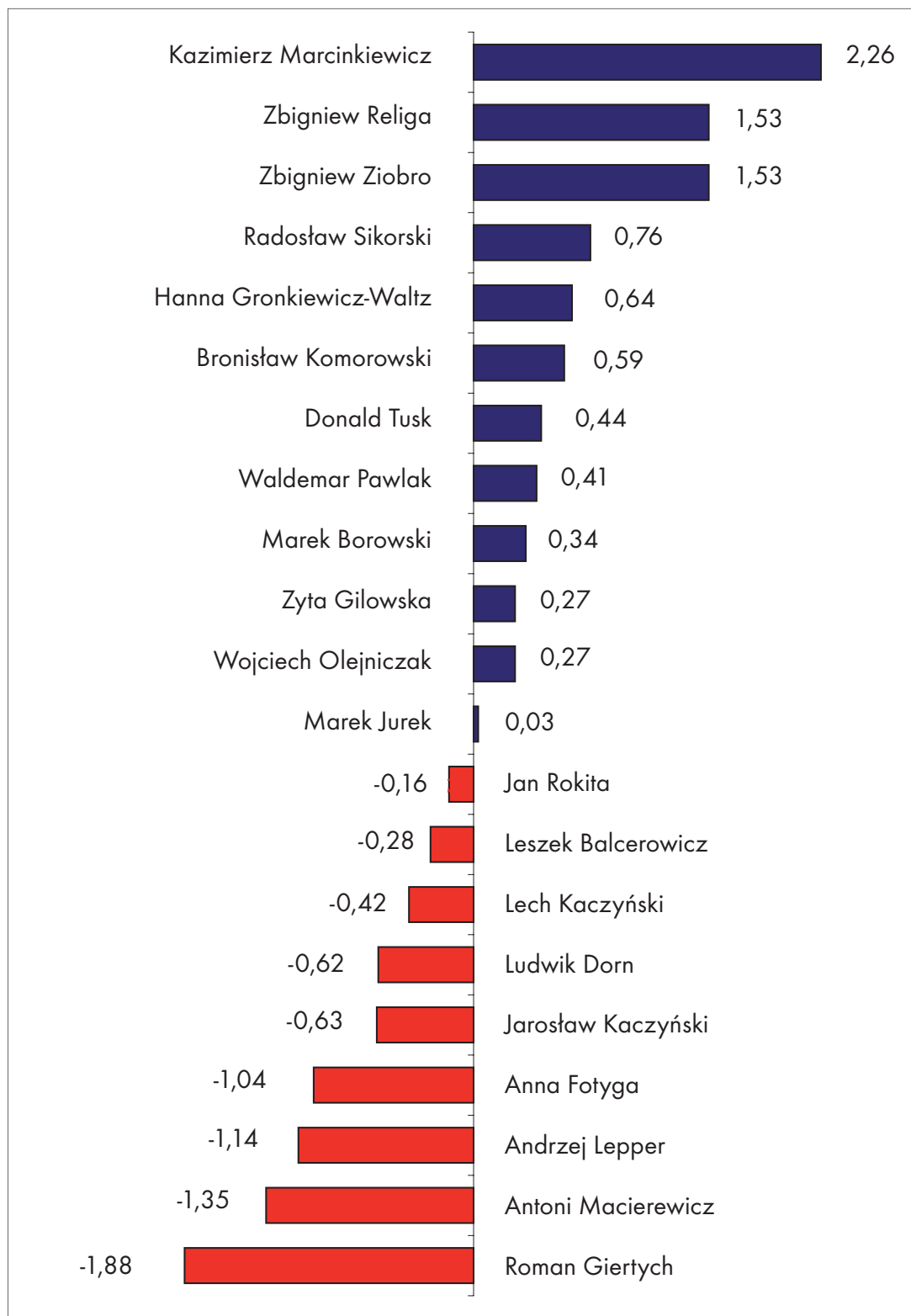
Vertrauen zu Politikern (Antworten in %)

Politiker	2005				2006												
	Aug.	Sept.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.1	Okt.2	Nov.	Dez.
Leszek Balcerowicz – Präsident der Polnischen Nationalbank	26	23	25	29	25	28	28	28	27	26	25	29	27	32	32	29	33
Marek Borowski – Vorsitzender der SdPI	40	34	39	38	33	32	33	32	30	33	30	36	34	35	31	30	39
Ludwik Dorn – Innenminister, stellv. Ministerpräsident, PiS	-	9	26	26	23	27	24	19	18	20	22	25	22	20	20	21	20
Anna Fotyga – Außenministerin, PiS											7	9	8	11	8	-	10
Roman Giertych – Bildungsminister, stellv. Ministerpräsident, LPR	25	26	30	28	24	23	24	21	18	22	22	24	21	20	21	31	24
Zyta Gilowska – Finanzministerin, parteilos						39	38	37	37	35	43	-	-	41	38	35	39
Hanna Gronkiewicz-Waltz – Stadtpräsidentin von Warschau, PO	-	40	36	37	37	38	-	-	36	39	39	41	40	41	41	32	49
Marek Jurek – Sejmmarschall, PiS	-	-	28	22	24	33	29	27	28	28	28	31	29	27	26	26	27
Jarosław Kaczyński – Ministerpräsident, PiS	48	56	60	56	53	49	44	34	34	37	37	42	36	32	31	33	36
Lech Kaczyński – Staatspräsident, PiS	50	64	66	61	64	58	54	43	42	43	43	46	38	36	34	37	39
Bronisław Komorowski – stellv. Sejmmarschall, PO	-	-	30	28	26	29	29	25	23	26	27	30	28	31	26	26	29
Andrzej Lepper – Landwirtschaftsminister, stellv. Ministerpräsident, Samoobrona	36	37	41	38	38	37	38	36	32	37	38	43	40	32	32	36	28
Antoni Macierewicz – Chef des militärischen Abschirmdienstes, Vorsitzender des Ruch Patriotyczny Rzeczypospolitej Polskiej / Patriotische Bewegung der Republik Polen	-	15										20	16	20	16	21	15
Kazimierz Marcinkiewicz – ehem. Ministerpräsident, PiS	-	-	59	63	68	70	69	68	69	67	64	74	67	-	60	63	74
Wojciech Olejniczak – Vorsitzender der SLD	22	28	32	30	28	28	25	30	30	31	28	31	32	32	28	28	33
Waldemar Pawlak – Vorsitzender der PSL	-	-	42	32	33	33	28	33	29	34	30	32	33	39	36	34	39
Zbigniew Religa – Gesundheitsminister, parteilos	59	-	-	-	65	69	65	65	59	63	61	68	63	62	60	60	64
Jan Rokita, PO	40	44	42	42	40	39	41	40	-	36	34	43	37	40	37	34	35
Radosław Sikorski – Verteidigungsminister, PiS	-	-	13	12	15	15	18	17	15	18	18	22	26	25	22	25	24
Donald Tusk – Vorsitzender der PO	54	71	57	57	53	47	52	51	47	51	45	53	49	51	51	49	50
Zbigniew Ziobro – Justizminister, PiS	-	-	49	55	53	54	56	52	51	57	56	62	59	52	53	59	59

 Quelle: CBOS, BS/189/2006: Grudniowy ranking zaufania i nieufności do polityków, Warszawa, grudzień 2006, <http://www.cbos.pl>

Politikerranking im Dezember 2006

Die Angaben sind Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5



Quelle: CBOS, BS/189/2006: Grudniowy ranking zaufania i nieufności do polityków, Warszawa, grudzień 2006, <http://www.cbos.pl>

Chronik

Vom 19. Dezember 2006 bis zum 7. Januar 2007

19.12.2006	Die Regierung richtet einen Antrag an Staatspräsident Lech Kaczyński, die Entsendung der polnischen Armee in den Irak bis Ende 2007 zu verlängern mit der Möglichkeit eines früheren Abzugs, wenn dies die sicherheitspolitischen Bedingungen im Land zulassen. Der Vizeminister für Bildung und Fraktionsvorsitzende der Liga der Polnischen Familien (LPR) Mirosław Orzechowski sagt, diese Regierungsentscheidung sei für die LPR schwer zu akzeptieren.
20.12.2006	Außenministerin Anna Fotyga schließt eine Neuverhandlung des deutsch-polnischen Grenzvertrags vom 14.11.1990 eindeutig aus. Hintergrund ist die Entschädigungsklage der Vertriebenenorganisation „Preußische Treuhand“ beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg mit dem Ziel der Entschädigung bzw. der Rückgabe von Eigentum.
21.12.2006	Der Senat stimmt für die Gesetzesnovelle zur Auflösung des Militärgheimdienstes, die Staatspräsident Lech Kaczyński zur Unterschrift vorgelegt wird. Das Gesetz ist sowohl rechtlich als auch politisch umstritten.
22.12.2006	Staatspräsident Lech Kaczyński unterschreibt den Antrag auf die Verlängerung der Irak-Mission des polnischen Militärs bis Ende 2007.
22.12.2006	In den Fernsehsendern BBC World und CNN beginnt eine Werbekampagne, mit der westliche Investoren für Polen gewonnen werden sollen.
23.12.2006	Rückblickend auf ein Jahr im Amt als Staatspräsident sagt Lech Kaczyński, dass das, was ihn von seinem Vorgänger Aleksander Kwaśniewski unterscheidet, die größere Aktivität in der Gesetzgebung sei.
23.12.2006	Der größte Bahnhof in Rom, Termini, erhält den Namen Johannes Paul II.
27.12.2006	Der russische Gaskonzern Gazprom benachrichtigt Polen, Deutschland und Litauen, dass ab 01.01.2007 Lieferengpässe wegen des Gaspreiskonflikts mit Belarus auftreten können.
27.12.2006	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński beurteilt das zu Ende gehende Jahr als das beste seit 1989. Er bedauert die Koalition mit Selbstverteidigung (Samoobrona) und LPR nicht, obgleich sich damit ein gewisses Risiko verbunden habe und die Regierungsarbeit von politischen Erschütterungen begleitet worden sei. Polen habe 2006 eine aktive Außenpolitik betrieben.
29.12.2006	Laut Wirtschaftsminister Piotr Woźniak wird das Bruttoinlandsprodukt am Jahresende mindestens um 5,2 %, evt. sogar um 5,5 % gewachsen sein. Bis zur Jahreshälfte umfassten ausländische Investitionen 5,4 Mrd. Dollar, bis zum Jahresende können sie 10 Mrd. Dollar erreichen.
31.12.2006	In seiner Neujahrsansprache zieht Staatspräsident Lech Kaczyński eine positive Bilanz, das Wirtschaftswachstum steige, die Arbeitslosigkeit falle, sowohl in- als auch ausländische Investitionen nähmen zu. 2006 sei außerdem ein Jahr gewesen, „in dem wir versuchten, die historische Erinnerung, insbesondere der neuesten Geschichte, wiederherzustellen.“
02.01.2007	Sejm marschall Marek Jurek (Recht und Gerechtigkeit – PiS) sieht keinen Grund zur Missbilligung des vollstreckten Todesurteils an Saddam Hussein. Dies sei ein Akt der Gerechtigkeit eines souveränen Staates.
03.01.2007	Der Koalitionspartner LPR stellt im Sejm den Antrag auf Durchführung eines Referendums zur Beteiligung polnischer Soldaten an Militärmissionen im Irak und in Afghanistan.
05.01.2007	Der Bischof der Diözese Płock, Stanisław Wielgus, übernimmt formal das Amt des Erzbischofs von Warschau. Nach Bekanntgabe seiner Ernennung am 06. 12. 2006 wurden in den Medien Vorwürfe laut, Wielgus habe in der Volksrepublik Polen mit dem Geheimdienst (SB) zusammengearbeitet. Laut Untersuchungen der Kirchlichen Historischen Kommission (Kościelna Komisja Historyczna) und des Bürgerrechtsbeauftragten haben sich die Vorwürfe bestätigt. Wielgus bekennt sich in einem offenen Brief zu seinen Fehlern.
07.01.2007	Während eines Pontifikalamtes in der Warschauer Kathedrale, in dem Stanisław Wielgus in das Amt des Warschauer Erzbischofs eingeführt werden sollte, gibt er vor den anwesenden Bischöfen, Priestern und Gläubigen seinen Rücktritt bekannt.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle ab Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de